

Conie

Jung

9 juillet 1973

Monsieur Gaston Thorn

Ministre des Affaires Etrangères

5, rue Notre-Dame

L u x e m b o u r g

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 21 juin, faisant suite à l'entrevue du jour précédent. Comme une seconde entrevue pour laquelle vous convoquiez une délégation du comité fédéral ne pouvait avoir lieu jeudi le 28 juin 1973 et fut renvoyée à une date ultérieure non encore fixée, il me tient à coeur de vous informer que je me trouverais en congé jusqu'au 30 juillet crt, ce qui est d'ailleurs le cas pour la majorité du comité fédéral.

Permettez-moi cependant de prendre position sur l'avant dernier alinéa de votre lettre.

Vous dites qu'il va sans dire que la réunion du 20 juin de l'année était une réunion entre une délégation de la Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force et le Ministre des Affaires Etrangères. Nous ne l'avons pas interprété autrement. Toutefois, au cours de votre exposé vous parliez, à plusieurs reprises, au nom du Conseil du Gouvernement.

Vous dites également que vous n'aviez pas convié la presse et que donc il vous semble souhaitable de ne pas donner une version tendancieuse au périodique 'Les Sacrifiés' alors que vous n'aviez pas invité ce journal et qu'officiellement je me déclarerais non responsable de ce que s'y trouve imprimé.

Il me faut attirer votre attention à ce que le périodique de la Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force n'est pas un journal, mais le bulletin officiel de cette organisation, et ne repré-

sente pas la presse. Son but est de faire fonction de trait-d'union entre les membres de l'organisation et d'informateur objectif pour ce qui les concerne en tant qu'Enrôlés de Force. Comme le comité agit en commun, ce qui y est imprimé engage la responsabilité solidaire du comité fédéral dont l'entité juridique n'est autre que son président.

Veillez agréer, Monsieur le Ministre, l'expression de ma haute considération.

Jos. Weirich
Président.

Entrevue Aussenminister Thorn
mit Föderationsvorstand vom
20.6.73

Thorn wiederholt ein weiteres Mal während 35 Minuten die allen Vorstandsmitglieder bekannten Phasen der Verhandlungen zwischen ihm und der Bundesregierung in Sachen Zwangsrekrutiertenentschädigungen. Absolut keine neuen Enthüllungen.

Das Fazit seiner Darstellungen ist Kapitulation vor Bonn. Einmal, er gegenüber seinem Homologen Scheel, welcher "ihn zur Annahme des Grosse Bundesverdienstkreuz gezwungen hat". Zum andern zwingt Bonn Luxemburg den offiziellen Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heinemann auf. Die Drohungen seitens unseres EWGpartners sind so, dass die luxemburgischen Minister kapitulieren müssen.

Die Verantwortung über Annahme der Auszeichnung und des Besuches liegt bei der Regierung. Wir Zwangsrekrutierten halten uns unsere Stellungnahme und Aktionen uneingeschränkt aus.

Ein neuer Sachverhalt entsteht dadurch, dass mit dem luxemburgischerseits aufgezwungenen Besuch des Bundespräsidenten auch Grossherzog Jean der Bundesrepublik einen offiziellen Gegenbesuch abstatten muss. Also, der Grossherzog, selber einer der Jahrgänge 20-27 wird "gegen seinen Willen" ausgenützt um gegen "seine Kameraden" für Deutschland zu demonstrieren.

Mitteilung

Am vergangenen 20. Juni hatte Aussenminister Gaston Thorn die Vertreter der Zwangsrekrutierten zu sich gebeten um, wie er hoffte, bestimmte Missverständnisse zu beseitigen und um den letzten Stand der deutsch-luxemburgischen Beziehungen mit Akzent auf das Zwangsrekrutiertenproblem zu erörtern.

Laut Herrn Thorns Darstellung, wurde er, was das Grosse Bundesverdienstkreuz betrifft, von seinem deutschen Homolog Walter Scheel vor eine vollendete Tatsache gestellt. An ein Ablehnen der Auszeichnung sei nicht mehr zu denken gewesen.

Als mandatiertes Sprecher des Regierungsrates gab Herr Thorn bekannt, dass, nachdem er der grossherzoglichen Regierung seitens der Bundesregierung anheim gelegt worden war, Bundespräsident Gustav Heinemann im kommenden Herbst Luxemburg einen offiziellen Staatsbesuch abstatten wird. Diese Staatsvisite wird mit einem später erfolgenden Gegenbesuch des Grossherzogs in der Bundesrepublik erwidert.

Luxemburgs Regierung hat sich entschieden dem sanften Druck des nunmehr wieder so starken östlichen Nachbarn nachzukommen. Das spezifisch nationale Problem, für dessen rechtliche Lösung Luxemburgs Abgeordnetenkammer und Regierung sich am 10. März 1966, in seltener Einmütigkeit, entschlossen hatten, die Bundesregierung vor das internationale Gericht im Haag zu zitieren, - dies jedoch nachträglich unterliess, - scheint nun vom rauhen Ost-Wind verweht zu sein.

Aber auch die Zwangsrekrutierten haben ihren Entscheid getroffen. Sich auf die verbrieften Rechte der Verfassung berufend, werden sie demonstrieren, um auf diese Weise die Interessen und die Rechte aller zwangsrekrutierten Naziopfer Luxemburgs gegenüber der Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen resp. zu wahren.

Der Protest richtet sich nicht gegen die Person Gustav Heinemann, sondern einzig und allein gegen die Bundesrepublik. Niemand macht die heutige Bundesregierung verantwortlich für das Kriegsverbrechen, welches an tausenden Luxemburger Bürger begangen wurde. Sie erscheint hingegen in einem schiefen Licht und wenig glaubwürdig, wenn sie sich zur Verfälschung historischer Tatsachen hergibt. Obstinat weigert sie sich die Zwangseinziehung eines Teils der Bevölkerung im kriegsbesetzten Luxemburg als ein Kriegsverbrechen anzuerkennen. Die Zwangsverschleppung an die gefährlichsten Stellen der Fronten war das ausgesuchte Mittel, um die Jugend des luxemburgischen Volkes welches gewagt hatte sich gegen das siegreiche Deutschland aufzuwerfen, in seinem Fortbestand zu vernichten. Ein Verbrechen grössten Ausmasses. Und weil Verbrechen, deshalb Reparation, die rein gar nichts mit dem Pariser Vertrag und dem Londoner Moratorium zu tun hat.

Geradezu empörend ist die Tatsache, dass die Bonner Verantwortlichen sich gerade daran klammern um den kleinen Nachbar entschieden abzuweisen. Und eine gewisse Parallellität der Gegenwart mit der Vergangenheit lässt sich nicht leugnen. Heute, wie damals, zwingen die Deutschen den Luxemburger ihren Willen auf, Nur die Methoden sind eleganter geworden.

Aber genau wie damals beim Generalstreik, werden die solidarischen Luxemburger sich ihrer Haut zu wehren wissen.

Damit für diese Protestaktionen die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stehen, hat die Föderation eine Suskriptionsliste aufgelegt. Sollte diese

Gelder nicht alle für diese Zwecke gebraucht werden, oder der Besuch Hei-
nemann unterbleiben, bis zur Klärung der Zwangsrekrutiertenfrage, so flies-
sen dieselben der Studienbörse "La Jeunesse Sacrifiée Luxembourgeoise des
années 1942 - 1945" zu. Überweisungen erbitten wir auf das Postscheckkonto
N° 21049 - Fond d'action des Enrôlées de Force - Luxembourg.

Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées
de Force.

Mitteilung

Am 20.6.73 hatte Aussenminister Gaston Thorn die Vertreter des Föderationsvorstandes zu sich gebeten um ihnen nachstehende Mitteilungen zu machen:

1. Wie und unter welchen Umständen er von seinem Homologen Walter Scheel zur Annahme des grosse Bundesverdienstkreuz gezwungen wurde.
2. Dass nun auch seitens Bonnmdem Grossherzogtum der offizielle Besuch des Bundespräsidenten Heinemann aufgezwungen wird und, dass sich hieraus der Gegenbesuch des Grossherzogs ergibt.

Die Entscheidungen und Verantwortungen in diesen Angelegenheiten liegen natürlich sowohl auf persönlichen Überlegungen wie auf Seiten der Regierung. Die Fédération des Victimes du Nazisme enrôlées de Force wird sich ihrerseits alle Aktionen vorbehalten, welche ihr nach den demokratischen und in der Verfassung zugesicherten Rechten zustehen.

Die Protestaktionen werden nicht gegen die Person Heinemann gerichtet sein, sowie auch machen die Zwangsrekrutierten die jetzige Bundesdeutsche Regierung nicht verantwortlich für die Kriegsverbrechen während der Nazizeit. Aber, diese Regierung in dem sie es ablehnt die Zwangseinziehung der luxemburgischen Jugend in die deutsche Wehrmacht als ein Kriegsverbrechen anzuerkennen macht sich schuldig durch eine Vergewaltigung (Fälschung) historischen Tatsachen. Die Zwangsverschleppung an die gefährlichsten Stellen der Fronten war das ausgesuchte Mittel, um die Jugend des luxemburgischen Volkes, welches gewagt hatte sich gegen das siegreiche Deutschland aufzuwerfen, in seinem Fortbestand zu vernichten. Es war eine perfide, völkerrechtswidrige Massnahme der deutschen Okkupationsmacht. Ein Kriegsverbrechen. Und weil Verbrechen, deshalb auch Reparation! Mit den Pariser und Londoner Verträgen hat das nichts zu tun. In dem, die sich als Nachfolger des Grossdeutschen Reiches erklärende, verantwortliche Regierung in Bonn, diese für Luxemburg nationale Angelegenheit, ~~den~~ Tatsachen entsprechend ablehnt, versucht sie diesen Völkermord noch nachträglich als ein harmloses Kriegsgeschehen dahinzustellen.

Genau wie damals dem kleinen Luxemburg die Verschleppungen in Gefängnissen, KZter, Arbeitsdienst und Wehrmacht ^{auf} gezwungen wurden, so zwingt der heute wieder gewaltige Nachbar seit EWGpartner in die Knie

Fédération des Victimes du Nazisme, Enrôlées de Force

einmalig und somit kein Präzedenzfall darstellend,

X

aber genau wie damals, unerwartet wie beim Generalstreik, wird die luxemburgische Solidarität sich gegen Irreführungen wehren



LE MINISTRE
DES
AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Luxembourg, le 21 juin 1973

Monsieur Jos. Weirich
Président National
de la Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force
case postale No 17
Luxembourg

Monsieur le Président,

Lorsque je vous ai demandé de venir en audience pour le 20 juin, il me tenait essentiellement à coeur de donner certaines précisions sur la politique gouvernementale vis-à-vis de la République Fédérale d'Allemagne en ce qui concerne les doléances des enrôlés de force.

J'en ai référé au président du gouvernement et j'ai réfléchi à ce que vous m'avez dit au cours de l'audience d'hier. Dans le souci de ne laisser échapper aucune occasion pour trouver une solution à ce problème qui me tient à coeur, je vous proposerais de nous revoir. Je me demande si cela ne pouvait se faire utilement le jeudi 28 juin 1973 à 14 h 30. Peut-être votre délégation pourrait-elle être plus restreinte, dans le souci de faciliter l'échange de vues. Je vous laisse seul juge quant au nombre de personnes dont vous voudrez vous faire accompagner.

./..

../

1
2
3
Il va sans dire que la réunion d'hier était une réunion entre une délégation de la Fédération des Victimes du Nazisme Enrôlées de Force et le Ministre des Affaires Etrangères, à laquelle je n'avais pas convié la presse et que donc il me semble souhaitable de ne pas donner une version tendancieuse au périodique "Le Sacrifié", alors que je n'avais pas invité ce journal et qu'officiellement vous vous déclarez non responsable de ce que s'y trouve imprimé.

Dans l'attente de vous revoir le 28 juin prochain, je vous prie de croire, Monsieur le Président, à l'expression de mes sentiments les meilleurs.



Gaston Thorn